

Frauen in der Illegalität leben mit der Angst

Friedenswochen enden mit einer Tagung des Ökumenischen Netzwerks/ Verein Solwodi berichtet aus der Praxis

Mit den Lebens- und Arbeitsbedingungen von Flüchtlingen in Deutschland beschäftigten sich die rund 20 Teilnehmer der Veranstaltung des Ökumenischen Netzen Rhein Mosel Saar zum Abschluss der Friedenswochen im Bonhoeffer-Haus. Zu den Themen der Tagung unter dem Motto „Was wir fordern ist eine Existenzberechtigung!“ zählte insbesondere die Situation von Frauen, die gezwungen sind in der Illegalität zu leben. Dazu stellte eine Mitarbeiterin des Vereins Solwodi (Solidarity with Woman in Distress) die Arbeit der 1985 von Schwester Lea Ackermann gegründeten Hilfsorganisation vor. Zu den Frauen, die von Solwodi unterstützt werden, gehören unter anderem Opfer von Zwangsheirat oder auch Zwangsprostitution.

Beratungsstellen gibt es in Kenia und Ruanda, dort sind sie bei Nichtregierungsorganisationen angesiedelt, und an zehn Orten in Deutschland. Bezeichnend für die Situation der Frauen, die oft jahrelang in der Illegalität und ständiger Angst vor Entdeckung leben müssen, sind psychische Folgen. Die Belastung wird oft an die nächste Generation weitergegeben. Das hat die Solwodi-Mitarbeiterin etwa im Fall einer jungen Frau miterlebt, die mit ihrer Familie geflohen war. Die Familie stellte einen Asylantrag, der abgelehnt wurde, und tauchte ab. Als die Frau schwanger wurde, wurde sie von ihrer Familie mit Mord bedroht und begab sich allein auf die Flucht. Ihr Kind musste sie alleine zur Welt bringen. Jetzt haben Mutter und Tochter zwar die Zusage, dass sie bleiben dürfen, lebten aber nach wie vor im Gefühl ständiger Bedrohung, was sämtliche Sozialkontakte der Frau prägt. Viele Frauen versuchen ihren Aufenthalt in Deutschland mit der Aufnahme einer Beziehung zu legalisieren und geraten dann oft in ein Abhängigkeitsverhältnis. Bei den Opfern von Menschenhandel ergibt sich nach den Erfahrungen der Solwodi-Mitarbeiterin häufig eine zweite Stigmatisierung.

So werden Frauen bei Verfahren gegen die Drahtzieher und Helfershelfer von Frauenhandel und Zwangsprostitution ein zweites Mal „gehandelt“, und zwar als Beweismittel. Die Teilnehmerrunde diskutiert außerdem über Probleme in der Zusammenarbeit von Flüchtlingshilfeorganisationen mit Behörden und Polizei am Beispiel des Projektes „Freiwillige Rückkehr“, Das Ökumenische Netzwerk arbeitet derzeit an einer Erklärung zum Thema Migration.

Quelle: Rheinzeitung Bad Kreuznach, 3.12.07